

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Hartwig
Fischer (Göttingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2335 –**

Umdenken in der Kongopolitik

A. Problem

Unterstützung des Friedensprozesses in der Demokratischen Republik Kongo.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/2335 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2004

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Berichterstatlerin

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Ulrich Heinrich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Hartwig Fischer (Göttingen), Hans-Christian Ströbele und Ulrich Heinrich

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung „Umdenken in der Kongopolitik“ – Drucksache 15/2335 – in seiner 91. Sitzung am 12. Februar 2004 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** und der **Verteidigungsausschuss** haben den Antrag am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag am 24. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 28. April 2004 und in seiner 37. Sitzung am 5. Mai 2004 beraten. Gleichzeitig lag ihm zur Mitberatung der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Bundestagsdrucksache 15/2479 „Den Stabilisierungsprozess in der Demokratischen Republik Kongo nachhaltig unterstützen“ vor. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, den Antrag abzulehnen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte zu der strittigen Rolle Ruandas als östlichem Nachbar der Demokratischen Republik Kongo dar, diese sei auch vor dem Hintergrund der kürzlich vom Staatspräsidenten Ruandas gehaltenen Rede zu interpretieren, in der dieser weiter auf dem Recht Ruandas bestanden habe, bei möglichen Übergriffen aus dem Osten des Kongo entsprechend zu reagieren. Hinsichtlich der Forderung, die DR Kongo wieder zu einem Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen, bat sie um Unterstützung; immerhin habe sich auch die Koalition dafür ausgesprochen, zu prüfen, ob im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ein rascher Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur geleistet werden könne.

Sie machte darauf aufmerksam, eine Delegation des Ausschusses habe kürzlich im Osten der Demokratischen Republik Kongo festgestellt, dass das Mandat der MONUC innerhalb der DR Kongo nicht einheitlich ausgelegt werde, mit der Folge unterschiedlicher Konsequenzen für die Bevölkerung. Dass sich die Erkenntnisse der Bundesregie-

rung teilweise von denen der Delegation unterschieden, sei auch darauf zurückzuführen, dass sich Deutschland an der MONUC-Friedensmission bislang nicht personell beteilige. Sie bedauerte, dass es trotz weitgehender Übereinstimmung nicht gelungen sei, eine gemeinsame Position aller im Bundestag vertretenen Parteien zu erarbeiten.

Die **Fraktion der SPD** bedauerte ebenfalls, dass es trotz einer Reihe von übereinstimmenden Auffassungen nicht gelungen sei, eine gemeinsame Position zu finden. Die Rolle Ruandas in der DR Kongo müsse vor dem Hintergrund der Rebellengruppen im Osten des Landes gesehen werden, die für die Bevölkerung nach wie vor eine ernst zu nehmende Bedrohung darstellten. Für den Fall, dass sich Meldungen über eine Einmischung von Nachbarstaaten in der DR Kongo bewahrheiteten, wäre die Beendigung der Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda vor diesem Hintergrund jedoch nicht vertretbar.

Während der kürzlich stattgefundenen Reise in die DR Kongo habe eine Delegation des Ausschusses den guten Ruf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bestätigt gesehen, die Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit seien gelegt. Im Gesundheits- und Wasserbereich werde die Intensivierung der Zusammenarbeit erwogen. Die Frage der Sicherheit im Osten der DR Kongo sei nach wie vor problematisch. Wünschenswert wäre, wenn die Erfolge der VN-Friedensmission MONUC in Bunia auch auf die Gebiete Nord- und Südkivu ausgeweitet werden könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Haltung der Fraktion der SPD zur Rolle Ruandas an. Die Auseinandersetzung zwischen Ruanda und der DR Kongo sowie die mögliche oder tatsächliche Einmischung Ruandas dürfe nicht allein aus der Sicht eines Landes beurteilt werden. Im Osten der DR Kongo befänden sich nach wie vor Zehntausende Milizionäre, die sowohl für die kongolesische als auch die ruandische Bevölkerung eine Bedrohung darstellten. Sie begrüßte, dass es, anders als erwartet, in Ituri keine ethnisch motivierten Auseinandersetzungen mehr gebe und diese auch nicht zu befürchten seien. Auch sie hätte es für wünschenswert gehalten, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten.

Die **Fraktion der FDP** erinnerte an die von der internationalen Gebergemeinschaft gegebene Zusage in Höhe von 3,9 Mrd. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden drei Jahren. Ein zusätzliches Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sei deshalb nicht angebracht. Auch die FDP-Fraktion führt aus, dass die VN-Friedensmission MONUC innerhalb der DR Kongo ihr Mandat offensichtlich nicht einheitlich umsetzt und dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht überall die ihm zustehende Priorität zukomme. Da die Demokratische Republik Kongo zurzeit nicht in der Lage sei, das Lusaka-Abkommen umzusetzen, sei ein gewisses Verständnis für den Schutz der Grenzen Ruandas angebracht. Die Fraktion der FDP hätte es

ebenfalls begrüßt, wenn eine gemeinsame Position aller Fraktionen hätte gefunden werden können. Sie lehnte deshalb den Antrag – wie auch den zur Mitberatung anstehenden Antrag der Koalitionsfraktionen – ab.

Berlin, den 5. Mai 2004

Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Berichterstatlerin

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatler

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatler

Ulrich Heinrich
Berichterstatler